

AfD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/0182**

Eingang: 18.02.2021

Entwicklung der durch die Corona-Maßnahmen bedingten Insolvenzen Karlsruher Unternehmen

| Gremium | Termin | TOP | ö | nö |
|-------------|------------|-----|---|----|
| Gemeinderat | 23.03.2021 | 47 | x | |

Die Stadtverwaltung wird um Auskunft gebeten zu:

- 1 a. Wie viele Karlsruher Unternehmen haben im 2., 3. und 4. Quartal 2020 Insolvenz angemeldet
- 1 b. Wie viele Karlsruher Unternehmen haben im Vergleichszeitraum 2019 Insolvenz angemeldet
2. Wie schlüsseln sich die in den Fragen 1 a und 1 b genannten Zahlen nach den folgenden Branchen auf:
 - Dienstleistungen
 - Handel
 - Baugewerbe
 - Verarbeitendes Gewerbe
 - Logistik
 - Energie
 - Sonstige
3. Sollten die oben genannten Daten für die Zeiträume nicht verfügbar sein, erbitten wir diese für den jeweiligen gesamten Jahreszeitraum
4. Hat die Stadt Erkenntnisse darüber, dass nach der Wiedereinführung der Insolvenzantragspflicht mit der Beantragung weiterer Insolvenzen zu rechnen ist und wenn ja, in welchem Umfang.
5. Zur Beantwortung der oben genannten Fragen bitten wir um Angabe der jeweils betroffenen Arbeitsplätze

Sachverhalt/Begründung

Bereits seit März 2020 sind Unternehmen verschiedenster Ausrichtungen mehr oder weniger durch die Corona-Maßnahmen des Bundes und des Landes in der Ausübung ihrer unternehmerischen Tätigkeit eingeschränkt, beziehungsweise konnten sie durch den ersten Lockdown im Frühjahr des letzten Jahres gar nicht ausüben. Der zweite Lockdown, der nun schon seit November gilt, trifft die Unternehmen wieder. Und ein Ende ist nicht absehbar.

Vielen Unternehmen geht das Geld aus und die angekündigten Hilfen des Bundes und der Länder (Novemberhilfen) werden nicht ausgezahlt. Die Unternehmer sind auch mit Ihrer Geduld, unter anderem über die Willkür der Maßnahmen, am Ende und sie gehen den Klageweg.

Es ist davon auszugehen, dass viele vom Lockdown betroffene Unternehmen ihre laufenden Kosten (zum Beispiel Mieten, Kredit- und Personalkosten) nicht mehr aufbringen konnten oder können und Insolvenz anmelden mussten oder müssen beziehungsweise gleich ihr Unternehmen schließen.

Für andere Betriebe sind die "Novemberhilfen", sofern sie überhaupt ankommen, im andauernden Lockdown nur eine Insolvenzverschleppung. Auch hier ist noch mit vielen Pleiten zu rechnen.

Die Stadtverwaltung wird daher um Beantwortung der oben genannten Fragen gebeten, haben sie doch Auswirkungen auf die finanzielle und ökonomische Entwicklung der Stadt.

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt

Oliver Schnell

Ellen Fenrich